Platz zum Schlafen, keine ärztliche Versorgung, kein reguläres Asylverfahren.
Mal wieder erweisen sich die GRÜNEN als Vollstrecker, wenn – vielleicht – auch nicht als die eigentlichen Initiatoren dieser Entwicklung; angesichts deren Regierungsbeteiligung in neun Bundesländern, kann nur mit ihrer Zustimmung, die sie längst signalisiert haben, die Verschärfung Gesetz werden.

Europa – ein großes Gefängnis

An den EU-Außengrenzen werden Zäune installiert, im Mittelmeer sind Kriegsschiffe im Einsatz – noch lassen die Regierungen nicht scharf auf die Flüchtlinge schießen, aber es wird der Boden geschaffen und bereitet für - man kann es nicht anders sagen – Gemetzel in den Grenzregionen. In Ansätzen zeigte die ungarische Maschinerie in den vergangenen Tagen schon, was künftig zu erwarten sein wird. Menschelnd biedern sich SPD-Gabriel und CDU-Merkel bei und mit BILD ('Wir helfen') an, zeigen ihre scheinbar menschlich-herzliche Seite, während sie doch zur selben Zeit an der Umsetzung der Pläne für ein Grenzregime arbeiten, welches verblüffend an die ehemalige DDR-Grenze erinnert, nur dass es jetzt darum gehen soll, jeden zu 'neutralisieren' der einreisen möchte.

Alles ist möglich!

Wer heutzutage revolutionäre Ansprüche erhebt, gilt rasch als Träumer, als jemand der die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat; ich bin überzeugt: das Gegenteil ist richtig. Die globalen Krisenherde verschieben sich, die (westlichen) Regierungen rüsten auf und grenzen sich ab. Warum sollten sie das tun, wenn sie nicht revolutionäre Strömungen am Horizont erkennen würden?!
Die tagtäglich zu Tausenden eintreffenden Flüchtlinge geben bildhaft Zeugnis von den Schrecken dieser Welt, fernab unser durch relativen Wohlstand verweichlichten Konsumgesellschaft, in der die Wahl des 'Coffe-to-go' (mit/ohne Zucker/Süßstoff und so weiter) vielen wichtiger erscheint, als das Sterben auf dem Mittelmeer.
So kommt es zu einer existenziellen Erschütterung der vertrauten Welt, denn plötzlich ist es nicht mehr die 'Tagesschau' um 20 Uhr, die uns Bilder von Verfolgten in die Wohnstuben sendet, sondern es reicht ein Gang vor die eigene Haustüre.

So ist es an uns, jenen, die hinter der starren Maske des scheinbar mitfühlenden Lächelns, und der geheuchelten Empathie für die Verfolgten dieser Erde, daran arbeiten in den Krieg zu ziehen gegen eben jene Verfolgte, etwas entgegen zu setzen. Aber nicht als bloße Reaktion, sondern als gesellschaftliche Alternative; denn eine Bewegung die sich lediglich in Reaktionen verliert, stabilisiert das System, anstatt es zu überwinden.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV-Abt.)
Hermann-Herder-Str.8, 79104 Freiburg
freedomforthomas.wordpress.com

Der Streik der GDL und die öffentliche Empörung

Gruppen gegen Kapital und Nation Worum es wirklich geht: Streit über die Zulässigkeit einer gewerkschaftlichen Strategie.
Wenn man ein bisschen genauer hinguckt, dann kann man z. B. aus der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung durchaus herausfiltern, worum es bei dem Streik geht.
Die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) will eben nicht nur für die Lokomotivführer Lohnerhöhungen durchsetzen, sondern auch für andere Beschäftigte bei der Bahn, die Mitglieder bei der GDL sind. Dann gibt es noch die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), die Mitglied im DGB ist und gleichfalls um Lohnerhöhungen bei diesen anderen Beschäftigten verhandelt.
Das Unternehmen, die Bahn AG, will aber nur dann einen Abschluss mit der GDL machen, wenn dieselben Verträge herauskommen, wie in den Verhandlungen mit der EVG. Das lehnt der Gewerkschaftschef der GDL strikt ab.
„Die Tarifverträge von EVG und GDL seien `niemals zu vereinbaren“, zitiert ihn die SZ (05.05.2015, S. 2).

Dass die GDL über Lokomotivführer hinaus Mitglieder bei der Bahn gewonnen hatte, verdankte sie schließlich dem Einsatz ihrer Macht gegen einen Tarifabschluss, den die Vorgängerorganisation der EVG mit der Bahn AG abschließen wollte, der „u. a. bis zu 18 zusätzliche unbezahlte Schichten pro Jahr bei DB Regio vorsah“ (wikipedia – GDL) – für die Zugbegleiter.
Das „Ungeheuerliche“ ist, dass die GDL glatt folgenden einfachen strategischen Gedanken des ökonomischen Arbeitskampfes anwendet: Wenn man aufgrund eines sehr hohen Organisierungsgrades in einem entscheidenden Bereich des Betriebes die Macht hat, dem Unternehmen durch Streik Schaden zuzufügen, dann setzt man diese Macht ein, um für diejenigen Arbeiter im Betrieb, die nicht so gut organisiert sind, etwas herauszuholen. Darüber bekommt man neue Mitglieder und verstärkt so die gewerkschaftliche Macht.

Diese Strategie verfolgen die Gewerkschaften des DGB bewusst nicht. Wenn es um den Lohn der Gebäudereiniger geht, die immer am untersten Ende der Lohnhierarchie stehen, dann ist die IG Bau zuständig. Sie kämpft auf Grundlage eines schlechten Organisierungsgrades und Erpressungspotentials, wenn die Putzkräfte leichter austauschbar sind. Wenn es aber um einen Automobilbetrieb geht, warum wird dann nicht mal die gut organisierte und nicht so leicht austauschbare IG-Metall-Macht eingesetzt, um für die Reinigungskräfte ordentliche Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen herauszuholen?
Stattdessen fühlen sich die DGB-Gewerkschaften für ihre Nation und deren Wirtschaft verantwortlich - egal wie wenig sie dabei eigentlich zu bestimmen haben. Mit der Sozialpartnerschaft als Prinzip sind sie immer dabei, auf den Standort Rücksicht zu nehmen und Lohngruppierungen mit allerlei Gefälle zu akzeptieren, wenn der Gewinn in der Branche das verlangt.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die GDL will die Lohnarbeit nicht abschaffen, auch sie orientiert sich an Lohngruppierungen und sie ist bestimmt keine antinationale Organisation. Nur meint sie eben, dass man für die Arbeiter mehr herausholen kann und sollte. Und sie hält das zu Recht für unvereinbar mit den Strategien der DGB-Gewerkschaften.
Die Politik weiß sehr genau, worum es bei diesem Streit zwischen Bahn